



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Herr Lothar Rommelfanger, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5200
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

25. Januar 2024

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 11.01.2024**

**TOP 7 „Antisemitismus bekämpfen - Plan der Landesregierung in Rheinland-
Pfalz“, Antrag der Freien Wähler-Fraktion,
Vorlage 18/5063**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz habe ich zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu
TOP 7 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen
den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Binz

Anlage

Anlage

Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

am 11.01.2024

Antrag der Fraktion der Freien Wähler

TOP 7 „Antisemitismus bekämpfen - Plan der Landesregierung in Rheinland-Pfalz“

Sprechvermerk

Sehr geehrter Herr Vorsitzender
sehr geehrte Abgeordnete,

Die Landesregierung engagiert sich seit langem gegen Antisemitismus und für die Pflege des jüdischen Lebens.

- Seien es die Verträge mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von 1999, 2012 und 2023 mit einem um das Vierfache gestiegenen Förderbetrag,
- sei es die Berufung eines Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen 2018,
- seien es stets angepasste Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen,
- sei es der 2020 beschlossene Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit:
„Die Bekämpfung von Antisemitismus, der Schutz jüdischen Lebens und die Bewahrung eines friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in unserem Land, gleichgültig welcher Religionsgemeinschaft sie angehören, hat für die Landesregierung höchste Priorität. Dazu gehören präventive Maßnahmen wie die Demokratiebildung ebenso wie repressive Maßnahmen dort, wo Straftaten begangen wurden. Dass Juden und Jüdinnen in unserer Mitte, in Rheinland-Pfalz, frei, selbstbewusst und sicher leben, ist oberstes Ziel der Landesregierung.“

Vor dem Hintergrund der Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober 2023 und darauf folgenden Kundgebungen mit teils stark antisemitischen Inhalten ist bei vielen jüdischen Menschen auch hier im Lande das Unsicherheitsgefühl stark gestiegen. Die Landesregierung hat sich vor dem 7. Oktober 2023 und in dessen Folge immer eindeutig positioniert. Die meisten von Ihnen waren ja auch bei der Sitzung des Landtages am 8. November 2023, wo wir erfreulicherweise große Übereinstimmung gefunden haben.

Die Arbeit gegen Antisemitismus baut im Land auf einer inhaltlich und organisatorisch fundierten, langjährigen und ressortübergreifenden Arbeit auf. Einige Beispiele habe ich einleitend genannt.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Antisemitismusbearbeitung ist der Aufbau der Gedenkarbeit seit den 1990er Jahren, insbesondere auch durch den Auf- und Ausbau der KZ-Gedenkstätten Hinzert und Osthofen. Die moderne Gedenkarbeit richtet ihren Blick auch immer auf die Gegenwart. Die Gedenkstätten spielen heute eine wichtige Rolle in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Ab 23. Januar dieses Jahres ist in der Gedenkstätte Osthofen die Ausstellung „#Antisemitismus für Anfänger“ mit Begleitprogramm zu besuchen. Gleichzeitig haben über 50 Organisationen zur NS-Gedenkarbeit über die Strukturen der Gedenkstätten ein organisatorisches Zentrum gefunden.

Bereits nach dem antisemitischen und rassistischen Anschlag von Halle im Oktober 2019 wurden auch hierzulande die Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen deutlich verstärkt. Parallel dazu nahmen sich Programme in Schule und außerschulischer politischer Bildung verstärkt des Themas an. Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz baute seine Betroffenenberatung gegen rechte, antisemitische und rassistische Gewalt weiter aus.

Mit dem Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit schließlich kam eine Reihe von Maßnahmen hinzu, die sich gegen alle Formen

Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Die Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle ‚m*power‘ beispielsweise arbeitet eng mit dem bundesweiten Meldernetzwerk für antisemitische Straftaten RIAS zusammen und dokumentiert auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Die Landesregierung ist zusammen mit der Beauftragten in engem Austausch mit den Sicherheitsbehörden, dem Jüdischen Landesverband und der Jüdischen Kulturgemeinde Rheinhessen / Mainz. Dies hilft, die Maßnahmen in ihrer Breite immer neu anzupassen.

Um den Kampf gegen Antisemitismus jetzt noch einmal zu intensivieren, hat das Kabinett auf Wunsch der Ministerpräsidentin beschlossen, unter Leitung der Staatskanzlei ein ressortübergreifendes Agiles Team „Antisemitismus wirksam bekämpfen und jüdisches Leben stärken“ einzusetzen, das die bestehenden Maßnahmen sichten, auf ihre Wirkung überprüfen und gegebenenfalls verstärken soll. Darin sind die Unabhängige Beauftragte der Ministerpräsidentin für Jüdisches Leben und Antisemitismusfragen, das Bildungsministerium, das Wissenschaftsministerium, der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration, das Familienministerium sowie das Innen- und das Justizministerium vertreten.

Antisemitische Einstellungen sind in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und bis weit in die Mitte der Gesellschaft vertreten. Nach Auffassung der Landesregierung ist den vielschichtigen Erscheinungsformen von Antisemitismus nur mit einer umfassenden Strategie zu begegnen. Das ist eine Langzeitaufgabe, der sich die Landesregierung seit vielen Jahren zusammen mit Partnern und Partnerinnen des Landes und der Zivilgesellschaft stellt.

Der von den Antragstellern genannte Forderungskatalog des Antisemitismus-Beauftragten des Landes Hessen umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen. Einige davon liegen nicht in der Kompetenz der Landesregierung.

Einige wie „Vereinsverbote bei antisemitischen Einstellungen“ scheinen juristisch schwer umsetzbar, weil sich damit ein Grundrechtskonflikt entwickeln könnte. Andere

Forderung sind bereits Rechts- oder Richtlinien-Norm. Schulverweise bei antisemitischen Handlungen sind bereits heute in bestimmten Fällen möglich, dazu existiert ein pädagogisches Eskalationsschema.

Wie bereits ausgeführt werden auch wir in den kommenden Monaten zusammen mit Verantwortlichen aus den unterschiedlichen Bereichen prüfen, wo es im Sinne einer wirksameren Bekämpfung von Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weitere Handlungsbedarfe gibt.

Vielen Dank!